

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 26. April 2017

Rentenleistung für Opfer von Gewalt in Heimen ([1596 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Beschluss des Nationalrates vom 23. Oktober 2014 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Filmförderungsgesetz geändert wird

Rot-Weiß-Rot-Karte: Besserer Arbeitsmarktzugang für hochqualifizierte Arbeitskräfte ([1602 d.B.](#))

Die Rot-Weiß-Rot-Karte, die den Zugang für Hochqualifizierte zum österreichischen Arbeitsmarkt regelt, wird optimiert: Für Start-up-GründerInnen aus Drittstaaten wird es einfacher, in Österreich Fuß zu fassen und Innovationen sowie Arbeitsplätze zu schaffen. Auch für ausländische Studierende gibt es Verbesserungen: Bachelor-AbsolventInnen werden in das System der Rot-Weiß-Rot-Karte miteinbezogen, das zulässige Beschäftigungsausmaß für Bachelor-, Master- und Doktoratstudierende wird auf 20 Wochenstunden vereinheitlicht. Saisoniers dürfen künftig grundsätzlich nur neun Monate pro Jahr in Österreich beschäftigt sein (bisher: 12 innerhalb von 14 Monaten).

Lohn- und Sozialdumping: Änderungen für die Transportbranche ([1603 d.B.](#))

Änderungen beim Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz bringen für Transportunternehmen, die ArbeitnehmerInnen nach Österreich entsenden, vereinfachte Bestimmungen zur Meldung und zur Bereithaltung von Lohnunterlagen.

Abkommen zwischen Österreich und Albanien über soziale Sicherheit ([1604 d.B.](#))

Mit dem Abkommen sollen Versicherungslücken von Personen, die in beiden Ländern erwerbstätig waren, geschlossen und Doppelversicherungen vermieden werden.

Versammlungsrecht – Regeln für Wahlkampfauftritte ausländischer PolitikerInnen ([1610 d.B.](#))

Mit einer Änderung des Versammlungsgesetzes soll es dem Bund möglich sein, Wahlkampf-Auftritte ausländischer PolitikerInnen zu untersagen, wenn

sie den außenpolitischen Interessen Österreichs, internationalen Rechtsgrundsätzen oder unseren demokratischen Grundwerten zuwiderlaufen. Weitere kleinere Änderungen im Versammlungsrecht gehen auf Wünsche der Exekutive für eine bessere Personalplanung ein: Die Frist für die Anmeldung einer Demonstration wird künftig von 24 auf 48 Stunden verlängert. Spontandemos sind davon aber nicht betroffen und weiterhin zulässig. Weiters kann die Behörde bei einer Versammlung eine Schutzzone von bis zu 150 Meter festlegen, wenn es nötig ist, um die Sicherheit von VersammlungsteilnehmerInnen zu gewährleisten.

NR-Sitzung vom 27. April 2017

Diskussion zum TTIP/CETA-Volksbegehren ([1608 d.B.](#))

Das Anti-TTIP-Volksbegehren wurde vergangenen Jänner von 562.379 und somit von 8,9 % der Wahlberechtigten unterzeichnet. Es nimmt damit Platz 11 auf der ewigen "Bestenliste" von Volksbegehren ein und wird nun im Verfassungsausschuss behandelt. In einer ersten Diskussion im Nationalrat zum Volksbegehren versicherte SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann den Initiatoren des Volksbegehrens, dass dieses mit der gebotenen Ernsthaftigkeit behandelt werde: "Wir müssen uns mit allen kritischen Fragen, die hier in der Diskussion aufgetaucht sind, intensiv auseinandersetzen." Besonders den Bereich des Investitionsschutzes sieht er kritisch: "Es muss genau geschaut werden, ob dies nicht eine Abkehr vom Justizmonopol des Staates ist."

Eine etwaige Abstimmung bzw. Ratifizierung des Abkommens wird es im österreichischen Nationalrat nicht vor 2019 geben. Bis dahin kann ein wesentlicher Teil des Abkommens – der u.a. den Investitionsschutz enthält – nicht in Kraft treten.

Mautgesetz: Digitale Vignette ([1591 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Deutsche PKW-Maut: Gegen Diskriminierung österreichischer AutofahrerInnen ([1593 d.B.](#))

Die Nationalratsabgeordneten unterstützen eine Petition, eingebracht von SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl, die sich gegen die Diskriminierung österreichischer AutofahrerInnen durch die geplante deutsche PKW-Maut richtet. Die Bedenken richten sich nicht gegen eine Maut an sich, sondern gegen die konkrete Ausgestaltung, die auch nach entsprechenden Rechtsstudien eine Diskriminierung nicht-deutscher EU-BürgerInnen bedeutet. Denn dadurch, dass deutsche AutofahrerInnen die Mautkosten über die Kfz-Steuer zurückbekommen, wird die PKW-Maut de facto nur von

ausländischen KraftfahrerInnen zu bezahlen sein. Verkehrsminister Jörg Leichtfried versicherte im Nationalrat, gegen das deutsche Maut-Gesetz beim Europäischen Gerichtshof zu klagen, sollte die EU-Kommission das Prüfverfahren gegen Deutschland einstellen.

Güterbeförderung ([1592 d.B.](#))

Durch die neue Formulierung wird klargestellt, dass Frachtdokumente sowohl in Papierform als auch in elektronischer Form vorgelegt werden dürfen; in elektronischer Form müssen sie vorgezeigt werden können, aber nicht mehr ausgedruckt werden.